

EIN GESETZ GEGEN AUSBEUTUNG IM GEWÄCHSHAUS?

Initiative Lieferkettengesetz

Steffen Vogel

„Wenn das für uns interessant wäre, hätte sich schon jemand bei Ihnen zurückgemeldet.“

Die deutlichste Antwort auf unsere Nachfragen gibt die Verwaltung eines Berliner Supermarktes. Wir hatten per Mail darauf aufmerksam gemacht, dass die Paprika, die dort alltäglich verkauft werden, unter schwerwiegenden Verletzungen von Arbeitsrechten produziert werden. Die Supermärkte hatten wir über Etiketten recherchiert, doch die meisten speisen uns mit vorformulierten Statements ab. Nur wenige gehen unseren Beschwerden tatsächlich nach. Rechtlich verpflichtet, dafür zu sorgen, dass hinter den angebotenen Produkten keine Ausbeutung, Schikane oder mangelhafter Arbeitsschutz steckt, sind sie nicht.

Die zivilgesellschaftliche „Initiative Lieferkettengesetz“ will das ändern: Sie fordert ein Gesetz, das Unternehmen verbindliche menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten auferlegt und sie für Verstöße

haftbar macht – entlang ihrer gesamten Lieferkette. Hat ein solches Gesetz das Potenzial, auch die Situation der Arbeiter*innen im Plastikmeer von Almería zu verbessern?

Der Aufschrei ließ nicht lange auf sich warten: Als „großen Unfug“ bezeichnet Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer das Lieferkettengesetz. Der arglose Unternehmer stehe „mit beiden Beinen im Gefängnis“, wenn er plötzlich für Menschenrechtsverstöße seiner Zulieferer haften müsse. Für die Achtung von Recht und Gesetz seien der ausländische Geschäftspartner und der dortige Staat verantwortlich. Nicht nur in Almería zeigt sich dagegen, dass sich Arbeiter*innen oft nicht gegen Rechtsverstöße wehren können, da der Staat weder fähig noch willens ist, diese zu verfolgen [→Arbeitskampf S.18]. Diejenigen, die am meisten profitieren [→Der Profit mit der Paprika S.37], haben durch ihre Geschäftspraktiken kaum Risiken zu befürchten.

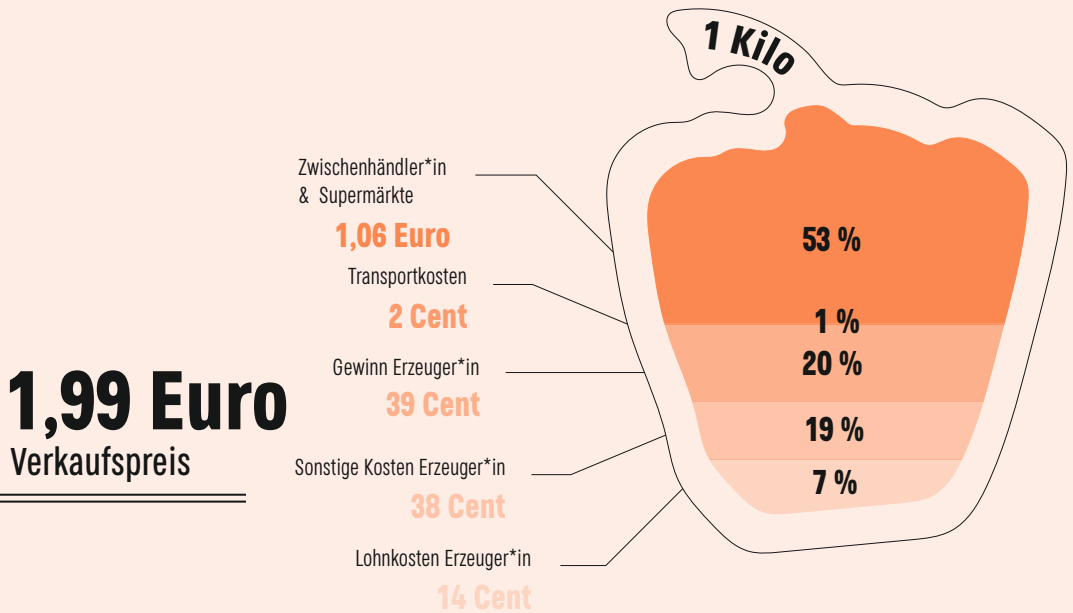


Abbildung 1 Der Profit mit der Paprika

Die Berechnung zeigt, dass von einem in Deutschland verkauften Kilogramm Paprika aus Almería nur etwa 7 % des Endpreises bei den Arbeiter*innen im Gewächshaus ankommen. Für die Erzeuger*innen, die zwar unter Preisdruck wirtschaften und gewisse Risiken tragen, ist das Gemüsegeschäft in Almería immer noch einträglich, was die fortwährende Expansion des Sektors erklärt. Während die Transportkosten am Gesamtpreis zu vernachlässigen sind, bleibt der größte Teil der Marge beim Zwischen- und Einzelhandel, wobei hier noch Personal- und sonstige Kosten den Reingewinn schmälern.

Nach der Logik der neoliberalen Globalisierung handelt es sich bei hohen Arbeitsstandards, Umweltauflagen und effektiven Rechtsmitteln für Beschäftigte um Wettbewerbsnachteile. Hebt ein Land die Standards an, zieht das Kapital einfach weiter zu einem günstigeren Markt. Diese Dynamik soll das Lieferkettengesetz umkehren: Unternehmen ab einer Größe von 250 Mitarbeiter*innen würden verpflichtet, bei Auslandsge­schäften Risikoanalysen zu erstellen, also Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Menschenrechte zu ermitteln und Präventionsmaßnahmen darzulegen. Edeka etwa

müsste angemessene Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass in den Gewächshäusern seiner andalusischen Gemüse-Zulieferer Arbeiter*innen durch Pestizide vergiftet oder unter Mindestlohn bezahlt werden.

Verstößt das Unternehmen gegen seine Berichtspflichten, könnte es sich Bußgelder einhandeln. Aber auch eine zivilrechtliche Haftung würden durch das Gesetz festgelegt: Eine*r Arbeiter*in, deren Menschenrechte in Spanien verletzt wurden, stünde der Klageweg in Deutschland offen; Edeka müsste, wenn es nachweislich seine Sorgfalt verletzt

hat, Schadensersatz zahlen. Außerdem hätte das Unternehmen wirksame Beschwerdemechanismen einzurichten, sodass Missstände in der Lieferkette angezeigt werden können – etwa von Gewerkschaften wie der SOC-SAT.

Doch wie viele der Forderungen der NGOs wird die Große Koalition tatsächlich in Gesetzesform gießen? Zwar haben sich Teile der Regierung bereits für ein Lieferkettengesetz ausgesprochen, darunter Entwicklungsminister Müller und Arbeitsminister Heil. Das mit der Lobby verbandelte Wirtschaftsministerium dagegen wird alles versuchen, das Gesetz zu verhindern oder zumindest die Regelungen abzuschwächen.

Eine wichtige Stellschraube ist dabei der materielle Maßstab der Sorgfaltspflichten: Welche Rechte müssen genau eingehalten werden? NGOs und Linke plädieren für eine breit verstandene Menschenrechtsgrundlage, nebst internationalen Umweltstandards und den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Dies würde auch die Einhaltung von existenzsichernden (Mindest-)Löhnen, geregelte Arbeitsverhältnisse, das Recht zu gewerkschaftlicher Organisation und Arbeitsschutzstandards einschließen – Rechte, die im Plastikmeer regelmäßig missachtet werden. Andererseits könnte ein Lieferkettengesetz „light“ im Verhandlungsprozess auf Einzelatbestände oder Extremfälle abgeschwächt werden.¹

Ein zweites Einfallstor bietet sich bei der Erfüllung der Sorgfaltspflicht. Da viele Unternehmen versuchen würden, ihr Risiko möglichst günstig zu externalisieren, könnte ein neuer Zweig des profitorientierten

Zertifikate-Business entstehen. Die Prüfer*innen solcher Audit-Unternehmen haben den wirtschaftlichen Anreiz, bei Missständen nicht genau hinzusehen, kritische Stimmen von Arbeiter*innen und Gewerkschaft zu überhören und Gefälligkeitsgutachten auszustellen – all das haben wir in Almería beobachtet². Deshalb müssen erstens die Audit-Firmen selbst Adressatinnen des Lieferkettengesetzes sein und für mangelnde Sorgfalt haften; zweitens müssen sie direkter staatlicher Kontrolle unterliegen, sodass bei Betrug die Lizenz entzogen werden kann. Drittens müssen sowohl die Prüfkriterien als auch -ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich sein, um Licht in die „Black Box“ der Auditierungen zu bringen.

Letztens liegen die Unzulänglichkeiten eines nationalen Gesetzes zur Bekämpfung globalisierter Strukturen auf der Hand. Während die Wirtschaft dieses Argument vorbringt, um den Status Quo ihrer eigenen Strafflosigkeit beizubehalten, müssen aus einer Menschenrechtsperspektive etwa der internationale Prozess für einen UN-Treaty vorangetrieben werden. Bei diesem hat die Bundesregierung bisher eine recht klägliche Blockade-Rolle eingenommen.

Als Interbrigadas begrüßen wir die Initiative für ein Lieferkettengesetz. Es wäre ein großer Schritt in die richtige Richtung und hätte, klug ausgestaltet, das Potenzial, die großen Profiteure von Ausbeutung und Entrechtung endlich haftbar zu machen. Gleichzeitig bleiben noch viele Fragen ungeklärt. Unsere Genoss*innen von der SOC-SAT haben uns gezeigt, das Stück vom Kuchen zu fordern, ohne die ganze Bäckerei aus dem Blick zu

¹ Arbeitsminister Heil sprach unlängst von einem „Lieferkettengesetz mit Augenmaß“. Dies lässt befürchten, dass das Gesetz, wenn es denn den Widerstand der Wirtschaftslobby überwindet, auf Einzelatbestände wie (schwere) Kinderarbeit, wie sie Minister Müller unlängst in den Vordergrund stellte, oder eine „Gefahr für Leib und Leben“ (Heil) beschränkt würde.

² Der Zertifizierer Agrocolor etwa gehört zum größten Branchenverband der Region Almería, Coexphal. Berichte von Audits, die uns Supermärkte vorlegten, übernahmen völlig unkritisch die Argumente des Unternehmens. Zur allgemeinen Problematik von Sozialaudits, siehe https://saubere-kleidung.de/wp-content/uploads/2019/11/Factsheet_Sozialaudits_November-2019_CCC-DE.pdf

verlieren. Auf eine wirkliche Demokratisierung der Wirtschaft, solidarische Produktionsformen, Ernährungssouveränität, Landreform und gerechten Welthandel werden sich Kapital und bürgerliche Regierungen nicht

(kampflos) einlassen. Deshalb wird auch das progressivste Lieferkettengesetz gewerkschaftliche Organisation und internationale Solidarität im Kampf für eine gerechtere Welt in Almería oder Berlin nicht ersetzen.



FURTHER READINGS

Warum wir verbindliche Regeln für alle brauchen

Inkota-Netzwerk, 2019. Konzernverantwortung (Südlink-Magazin Dezemer 2019)

<https://www.inkota.de/index.php?id=2661>

Sorgfältig verwässert. Wie die Wirtschaftsverbände versuchen, ein Lieferkettengesetz zu verhindern

Karolin Seitz, 2019

https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/briefing_1119_sorgfaeltig_verwaessert_online.pdf

Edle Tees für Hungerlöhne

Benjamin Luig (2019) Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/EdleTees_2teAufl.pdf

Sozialaudits – Wie sie Unternehmen schützen und Arbeiter*innen im Stich lassen

Kampagne für saubere Kleidung, 2019

https://saubere-kleidung.de/wp-content/uploads/2019/11/Factsheet_Sozialaudits_November-2019_CCC-DE.pdf

Arbeitsbedingungen in der globalen Zulieferkette: Wie weit reicht die Verantwortung deutscher Unternehmen?

Saage-Maaß (2011) Berlin: Friedrich-Ebert Stiftung